

NRW > Städte > Erkrath > Erkrath: Bürgerentscheid zur Hasenwiese im Februar 2023

**RP+** Hochdahl-Millrath

## Hasenwiese: Bürger stimmen im Februar ab

**Erkrath** · Verfechter des Bürgerbegehrens gegen die Bebauung werfen der Stadt vor, mit dem frühen Termin das Ergebnis negativ beeinflussen zu wollen.

14.12.2022, 00:00 Uhr · 3 Minuten Lesezeit



Die hügelige Hasenwiese neben der Schule Schmiedestraße soll unbebaut bleiben, fordern Bürger.

Foto: Köhlen, Stephan (teph)

---

Der Stadtrat hat die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zur Rettung der „Hasenwiese“ festgestellt. Als Abstimmungstermin wurde der 26. Februar 2023 festgelegt. Die bereits im Planungsausschuss heftig umstrittene Änderung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden wurde abermals emotional diskutiert, dann aber mehrheitlich bestätigt. Die Verfechter des Bürgerbegehrens werfen der Gegenseite vor, nicht nur mit der Satzungsänderung, sondern auch mit dem frühen Abstimmungstermin das Ergebnis negativ beeinflussen zu wollen.

Nach ihrer Ansicht ist „der Sonntag nach Karneval“ ungeeignet, da viele Bürger dann mit anderen Dingen beschäftigt oder gar im Urlaub sind. Die Verwaltung betont, der frühe Termin solle Rechtssicherheit herstellen, nachdem für die Bauvorbereitungen bis dahin eine Sperrfrist gelte.

## Info

# Befragung kostet 55.000 Euro

**Die Wahlbenachrichtigungen** werden den Wahlberechtigten ab 21 Tage vor der Abstimmung durch städtische Mitarbeiter zugestellt.

**Ab diesem Tag** soll auch die Stimmabgabe im Rathaus an der Bahnstraße in Alt-Erkrath möglich sein.

**Wahlorganisator** Carsten Döhr vom Ordnungsamt ist ein alter Hase im Wahlgeschäft und versichert, er habe ein routiniertes Team, und die Abstimmung werde trotz der kurzen Fristen ordnungsgemäß ablaufen können.

**Die Bürgerbefragung** kostet die Stadt zirka 55.000 Euro.

Hintergrund: Vor Jahren hatte sich eine Genossenschaft gegründet, um das damals leerstehende Gebäude der Grundschule Schmiedestraße für seniorengerechtes Wohnen umzubauen. Die Idee hatte breite Zustimmung im Rat gefunden, da Wohnraum knapp ist und die Mitglieder der Genossenschaft selbst planerische Kompetenzen vorzuweisen hatten. Unter

der Federführung von Architekt Wolfgang Teiwes trieb die Genossenschaft die Planungen auf eigene Rechnung voran. Dann wurde die Grundschule Sandheide 2019 durch Brandstiftung zerstört. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Schmiedestraße renoviert und modernisiert, um als Übergangstandort zu dienen.

Der Plan der Baugenossenschaft war damit hinfällig, da die Übergangslösung für mehrere Jahre halten musste und die Mitglieder schon im fortgeschrittenen Alter sind. Also bot die Stadt ihnen an, stattdessen auf der benachbarten Wiese einen Neubau zu errichten. Erneut machten sich die Genossenschaftler ans Werk und legten in diesem Jahr einen fortgeschrittenen Entwurf vor. Dieser sieht einen ökologischen Holzhybridbau in Modulbauweise vor, der 21 Wohneinheiten (davon sieben preisgebunden), ein Gästeappartement und einen Gemeinschaftsraum umfasst. Damit waren die Grünen und die BmU aber nicht einverstanden.

Denn ein Neubau auf der Hasenwiese bedeute Flächenversiegelung, Veränderung des Mikroklimas und in diesem Fall die Zerstörung einer wichtigen sozialen Ausgleichsfläche. „Die Dörpfeldstraße wurde früher als sozialer Brennpunkt bezeichnet“, sagte Bernhard Osterwind (BmU) als Vertretungsberechtigter zur Begründung des Bürgerbegehrens Hasenwiese. Die Menschen aus den benachbarten Hochhäusern könnten dort der Enge entfliehen und Konflikte beilegen. „Da findet genau das statt, was wir wünschen, nämlich der Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkünfte“.

Das könnte Sie auch interessieren



Das von Grünen und BmU unterstützte Bürgerbegehren zur Rettung der Hasenwiese erreichte innerhalb weniger Wochen die erforderlichen 2517 Unterschriften (sieben Prozent der Wahlberechtigten). Da die Ratsmehrheit dem Bürgerbegehren nicht entsprach, muss innerhalb von drei Monaten, also bis zum 12. März, eine Abstimmung durchgeführt werden. Die von der Verwaltung vorgelegte Satzungsänderung erlaubt dem Bürgermeister, die Wahlbezirke selbst festzulegen, also auch, die Zahl der Wahllokale zu reduzieren. Dies und der Abstimmungstermin, mutmaßt Grünen-Fraktionschef Peter Knitsch, verfolge nur den Zweck, die Abstimmung „so unattraktiv wie möglich machen“.

Knitsch sprach von „Trumpschen Verhaltensweisen“, was Bürgermeister Christoph Schultz als „ungeheuerlich“ zurückwies. Die SPD und Markus Lenk (Die Linke) stellten sich auf die Seite von Bürgermeister und CDU und betonten, weder die Zahl der Wahllokale, noch der Termin würden Einfluss auf das Abstimmungsergebnis haben. Die Neuordnung der Wahlbezirke sei sinnvoll, weil inzwischen mehr Wähler per Briefwahl abstimmten, als vor Ort.